

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

464 (5.10.1921) Abendausgabe

Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Kundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Wälderzeitung / Volk u. Heimat

Einvernehmen und Verlaas von

Herb Thiergarten

Verantwortliche Redakteur:

Ganns Walter Schneider.

Verantwortliche Redakteur: für

deutsche und badische Politik: W.

Gölsamer für Auslands-Politik: W.

Schulze für Theater, Kunst u. Wissen-

schaft: W. Rübner, für lokale Ange-

legenheiten u. Sport: W. Hofbauer.

für die Handelszeitung: I. B. S. S.

Kraus für Anzeigen: W. Rindler-Schjerve.

alle in Karlsruhe.

Verleger: W. Rindler-Schjerve.

Geschäftsstelle: Nr. 26.

Redaktion: Nr. 309 und 319.

Geschäftsstelle:

Städt. u. Sammlungs-Exk., nächst

Kaiserstraße und Marktplatz.

Postfachamt: Karlsruhe Nr. 8339.

Wegzugs-Briefe:
An Karlsruhe: Im Verlage
und in den Zweigstellen abgeholt
monatlich 6.25., frei ins Haus
geliefert 7.—
Auswärts: Von unseren Wogen-
turen bezogen 7.— Durch die
Post einschl. Zustellgebühr 7.—
Einselnummer 20 Pfennig.
Anzeigen:
Die 10spaltige Standardzeile 1.80,
auswärts 2.30. Siebengelände und
Familien-Anzeigen 1.50. Die
Kleinanzeigen 8.— an 1. Stelle 8.50.
Bei Wiederholung tariflicher Rabatt,
der bei Wiederholung des Textes,
bei gerichtlicher Berechnung und Kom-
missionen außer Kraft tritt.
Für Anzeigen und Tag der
Entnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden.
Im Fall dickerer Bewalt hat der Be-
steller keine Ansprüche bei veränderten
oder Nichterhalten der Zeitung.

Briand und Lloyd George.

5. Paris, 5. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Eine hiesige ameri-
kanische Morgenzeitung hat die Meldung verbreitet, daß Lloyd George
und Briand demnächst eine Besprechung haben, um sich für die Ent-
waffnungskonferenz in Washington über die Einzelheiten der dort zu
besprechenden Taktik zu verständigen. Zu dieser Meldung wird von
offiziöser Seite gesagt, daß diese Meldung des amerikanischen Blattes
verfrüht ist. Es sei möglich, daß die Entscheidung des Völkerbundes
über die oberste Frage eine Zusammenkunft dieser Art not-
wendig machen werde.

Das Wiesbadener Abkommen.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat in einer Sitzung,
die außerdem noch sich mit der Beschaffung der ersten Goldmilliarde
beschäftigt, über das Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und
Lloyd George beraten. Der Wiesbadener Abkommenminister Dr. Rathenau erstattete
einen ausführlichen Bericht, der Verlauf der Sitzung wurde aber
für vertraulich erklärt und so kann man über das Wiesbadener Ab-
kommen vorläufig nur französische Pressestimmen als Quellen heran-
ziehen. Aus diesen geht nun hervor, daß das Verlangen Deutschlands,
die Ausfuhr zu Wiedergutmachungszwecken von der 26pro-
zentigen Exportabgabe freizubehalten, noch nicht endgültig bewilligt worden ist,
daß sich aber Frankreich bei der Wiedergutmachungskommission und
dem Garantiefomitee für die Erfüllung dieser deutschen Forderung
einsetzen will. Ferner wird bekannt, daß die deutsche Regierung an
das Abkommen bis zum 1. Mai 1923 gebunden ist, und erst von da
ab auf Jahresfrist kündigen kann, während Frankreich mit dieser
Kündigungsfrist schon von jetzt ab jederzeit vorgehen kann. Die fran-
zösische Regierung hat sich dafür verbürgt, daß die Lieferungen ledig-
lich zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete verwendet werden.
Bekanntlich werden die Sachlieferungen Deutschland gutgeschrieben;
es kommen auf das Konto der variablen Reparationszahlungen.
Sollten diese nicht ausreichen, so ist es vorgesehen, daß der Rest der
Reparation, gegen dessen Durchführung sich Frankreich solange ge-
sträubt hat, endlich feste Vereinbarungen erzielt worden sind. Es ist
damit wohl auch der Raum geschaffen für ein deutsch-französisches
Handelsabkommen, das früher oder später sich als nötig erweisen
wird.

5. Paris, 5. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Wie das „Berliner
Tagblatt“ erfährt, hat die französische Regierung bereits das Wies-
badener Abkommen ratifiziert, doch soll nach Ansicht parlamentarischer
Kreise diese Ratifizierung erst nach erfolgter Ratifizierung durch die deutsche
Regierung beantragt werden. Lloyd George und Rathenau sol-
ten bei ihrer nächsten Zusammenkunft in erster Linie die Zusatzpro-
tolle unterschreiben. Das Inkrafttreten der Abmachungen hängt erst
noch von der Ratifizierung der Abmachungen durch beide Regierungen
ab. Für Lloyd George sind für die Dauer seines Wiesbadener Aufenthaltes
besondere Vorkehrungen getroffen worden, namentlich wird ihm
eine eigene Telefonlinie zur Verfügung gestellt werden, damit er
jederzeit mit Paris in Verbindung bleiben kann.

Der Durchbruch der wirtschaftlichen Vernunft.

5. London, 5. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Das englische Unter-
hausmitglied Gobroy Collins erklärte gestern abend in einer Rede
in Greenod, daß teilweise Hilfsmittel der schlechten kommerziellen
Lage Englands nicht aufheben können. Es müssen die Ursachen für
die gegenwärtige Lage aus der Welt geschafft werden. Das könne nur
geschehen, wenn der Geist des Hasses verschwinde. Das internationale
Gedanken könne nur aufkommen, wenn dem Internationalismus
der ihm gebührende Platz zugesichert werde. Deutschland müsse sofort
in den Völkerbund aufgenommen werden. Das Volk beginne einzu-
sehen, daß ein glückliches Deutschland ein glückliches England be-
deute. England könne nicht zur Ruhe kommen, solange sich das Kon-
tinent in Aufruhr befindet. Wenn man weiterhin ungeheure Ent-
schädigungen von Deutschland fordere und wenn man große Prohibi-
tionsgebühren verhängte, so bedeute das den wirtschaftlichen Selbstmord
Englands.

Die Frage der alliierten Schulden.

5. London, 4. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Ein Telegramm aus
Washington an englische Blätter besagt: Von autorisierter Seite
wird mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten der An-
sicht sei, daß die Frage der alliierten Schulden keine der Fragen ist,
die auf der Konferenz von Washington besprochen werden sollen.

Die englische Delegation für Washington.

5. London, 5. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Ab-
ordnung zur Washingtoner Konferenz wird aus sechs Hauptdelegier-
ten und einer großen Anzahl von Sachverständigen bestehen, darunter
Walter Beaty und Fieldmarshall Wilson. Balfour und Bonar Law
werden trotz ihres schlechten Gesundheitszustandes nach Washington
gehen, wenn Lloyd George darauf bestehen wird. Lord Perthing wird
falls nach Washington gehen, da ihm die Angelegenheiten sei-
nes Departements zwingen, in London zu bleiben.

Arbeitslosen demonstration in England.

5. London, 5. Oktober. (Drahtbericht.) Eine riesenhafte De-
monstration der Arbeitslosen hat im Hyde Park stattgefunden. Mehr
als 10 000 Arbeitslose, begleitet von einer großen Anzahl Frauen,
die ihre Kinder auf den Armen trugen, haben sich am Themasai
im Verlauf des Nachmittags versammelt. Die Zugänge zu dem
Trafalgar Square waren von großen Polizeibataillonen besetzt.
Der Zug bewegte sich dann gegen den Hyde Park zu. Es werden
keine Ausschreitungen gemeldet. Der Stadtrat von London hat
jeden Fall entgegen der Arbeitslosen Arbeit verschafft, oder ihnen
genügende Unterstühtungen sicher stelle.

Die Sorza-Dinte.

5. Paris, 5. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Der „Matin“ mel-
det aus Genf, daß der Völkerbund in seiner Sitzung vom 29. Sep-
tember einen entscheidenden Entschluß für Oberschlesien bereits ge-
fasset hätte. Die „Information“ behauptet heute, daß die Sorza-
genossen mit einigen leichten Änderungen zum Vorteil Polens an-
genommen wurde. Außerdem würde eine internationale Kommissi-
on das Industriegebiet zu verwalten haben. Zwischen Deutschland
und Polen würden wirtschaftliche Abmachungen getroffen werden,
damit die Schwierigkeiten, die man jetzt noch nicht voraussehen kann,
leicht aus der Welt geschafft werden können. Deutschland und Po-
len würden sofort in den Besitz des ihnen zugeteilten Gebietes gelan-
gen. Diese Meldung der „Information“ ist mit der größten Vorsicht
aufzunehmen.

Fate Jonescu in London.

5. London, 5. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Der rumänische
Außenminister Fate Jonescu ist gestern abend in London eingetrof-

fen. Er wird heute mit Lord Curzon und vielleicht auch mit Lloyd
George Besprechungen haben.

Polnischer Gewaltakt.

5. Kattow, 5. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Gestern fand in
dem Gasthause von Pura in Wloclawojen bei Brieg die Hochzeit
eines zurückgekehrten heimattreuen Flüchtlings statt. In der siebenten
Abendstunde warfen Polen Handgranaten auf das Gasthaus, in
dem ein Teil der Gäste versammelt war. Acht Schwer- und vier Leicht-
verletzte wurden in das Krankenhaus von Lauslau verbracht. Von
polnischer Seite war schon vorher mit dieser Sprengung gedroht
worden.

Die Erklärung der deutschen Fraktion im polnischen Sejm.

DE. Warschau, 4. Oktober. (Drahtbericht.) Bei der Debatte
über die Regierungserklärung konsultierte der Vertreter der deutschen
Fraktion, Abgeordneter Hasbach, der neue Ministerpräsident habe
in seiner Rede den Existenzbedingungen der Staatsbürger nichtpolni-
scher Nationalität nur wenig Raum gewidmet. Der Forderung einer
schnellen Auflösung des Sejms stimme die deutsche Fraktion nachdrück-
lich bei. Das deutsche Element sei nicht im Verhältnis zu seiner Be-
völkerungszahl vertreten. Die deutsche Fraktion betrachte sich gegen-
wärtig auch als Wortführer derjenigen Minderheiten, die keine Ver-
tretung im Sejm haben und nicht in der Lage waren, an den Sejm-
sitzungen teilzunehmen. Sie verlange im Namen der Deutschen,
Russen, Ruthenen, Ukrainer und Litauer ein Wahl-
gesetz, das die Garantie bietet, daß jede Stimme zur Geltung komme
und die Wahlen nicht durch Wahlkreisstrategie verfrüht würden.
Durch Verordnung des Ministeriums der preussischen Teilgebiete sei
bestimmt worden, daß nur derjenige wählbar sei, der der polnischen
Sprache in Wort und Schrift mächtig sei. Dies bedeute eine Be-
schränkung des passiven Wahlrechts für Hunderttausende von Staats-
bürgern. Die Agrarreform, deren vernünftige Durchführung auch die
deutsche Fraktion für erforderlich halte, dürfe nicht dazu mißbraucht
werden, um einseitig die nationalen Minderheiten ihres Grundbesitzes
zu berauben, wie es heute in allen Randgebieten, besonders im
preussischen Teilgebiet, beispielsweise mit den deutschen Domänen-
pächtern geschehe. Auch in Wloclawojen würden die alleingewesenen
deutschen Kolonisten von ihren Höfen vertrieben. Der Redner for-
derte eine gerechte und lokale Behandlung der Schulfrage. Systemati-
sch bemitteln sich jetzt die lokalen Behörden in Bromberg, Posen und
Kongregopolen, den deutschen Gemeinden ihre Schulgebäude und Be-
sitztümer zu nehmen, die sie aus eigenen Mitteln geschaffen und oft über
hundert Jahre in Besitz hätten. Der Ministerpräsident habe von den
Beziehungen zu fast allen Nachbarstaaten gesprochen, mit Ausnahme
von Deutschland, während jedermann sich darüber klar sein müsse,
welche enorme Bedeutung es für das polnische Wirtschaftsleben haben
würde, ob es gelinge, zu einem Modus vivendi mit Deutschland zu
kommen. Die deutschen Staatsbürger Polens seien bereit, am Auf-
bau des Landes mitzuwirken, doch seien sie es müde, sich dazu anzu-
bieten, und es werde von der neuen Regierung abhängen, ob sie, dem
Beispiel ihrer Vorgänger folgend, diese wertvollen Kräfte brachliegen
lassen oder nützlich verwenden würde.

Die Erklärung des deutschen Vertreters wurde im Hause ohne
Zustimmung, aber mit Verständnis für ihren nachdrücklichen Ernst
aufgenommen. Sowohl die Ankündigung eines eventuellen gemein-
samen Eintretens aller Minoritäten, die 40 Proz. der polnischen Be-
völkerung ausmachen, wie die Bereitwilligkeit, mit einer lokalen Re-
gierung mitzuwirken, hat nachhaltigen Eindruck bei allen Parteien
wie bei der Regierung hervorgerufen.

Massenverhaftungen in Moskau.

DE. Warschau, 4. Oktober. In den letzten Tagen sind in Mos-
kau von der Tscheka zahlreiche Verhaftungen u. Verhaftungen vorge-
nommen worden. Unter den Verhafteten befinden sich 82 polnische
Staatsangehörige. — Vor dem Moskauer Revolutionstribunal haben
am 3. Oktober die Verhandlungen gegen den polnischen Schauspieler
Szejewinski wegen Schmuggel von Gold und Juwelen begonnen.
Vorausichtlich wird das Tribunal auf Todesstrafe erkennen. Von
der Tscheka sind 10 Anarchisten erschossen worden.

Der Kampf gegen den privaten Außenhandel in Sowjetrußland.

DE. Riga, 4. Okt. (Drahtbericht.) Der Oberste Volkswirt-
schaftsrat hat die Richtlinien für Auslandseinfäufe
der Genossenschaften und Privatunternehmen festgelegt. Es dür-
fen eingeführt werden: Produktionsmittel, Rohstoffe, Heizmaterialien
und Lebensmittel. Alle Einfäufe müssen durch die Organe des
Kommissariats für Außenhandel vollzogen werden, insofern haben
große Genossenschaften das Recht, Vertreter in die ausländischen
Handelsmissionen der Sowjetregierung zu entsenden.
Das Volkswirtschaftsministerium warnt die Bevöl-
kerung vor Verhandlungen und Geschäften mit auslän-
dischen Kaufleuten, die nach Petersburg kommen und Gen-
ossenschaften und Privaten, Lebensmittel und andere Waren an-
bieten. Ihr Vorgehen zielt darauf ab, das staatliche Monopol für
Außenhandel zu untergraben. Der Außenhandel dürfe sich lediglich
unter Kontrolle und mit Genehmigung des Volkswirtschaftsminis-
ters für Außenhandel vollziehen.

Das Unglück in Rhina.

— Kleinlauenburg, 5. Okt. Die Ursachen des Explosionsunglücks
in den Elektronitruwerken in Rhina klären sich allmählich auf. Das
Unglück soll nach einer Meldung der „Oberländer Tagespost“ auf
einer Verwechslung beruhen. Wie aus den Stücken einer bei der
Explosion geborstenen Flasche zu schließen ist, ist eine gefüllte Wasser-
stoffflasche zur Füllung mit Sauerstoff gebraucht worden, wodurch
Knallgas entstand, das durch den starken Druck, der auf beiden Gasen
lastete, sich entzündet hat. So wenigstens wird angenommen.

Der Belberter Hochverratsprozess.

WB. Leipzig, 3. Okt. Das Reichsgericht begann mit dem
Belberter Hochverratsprozess. Den Vorsitz führt Senatpräsident Dr.
v. Pelagius, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Ebermayer.
Angeklagt sind 14 Anhänger der K.A.P.D. aus Belber, Dörfeldorf
und Elberfeld, darunter eine Frau. Den Angeklagten wird Hoch-
verrat vorgeworfen, bezugnehmend auf den 20. August 1920 unter-
nommenen Versuch, in Belber die öffentliche Gewalt in die Hände der
Kommunisten zu bringen, um die Räterepublik auszurufen. Die Ver-
nehmung des Kammeranwaltes des Schloßers Wilhelm Groß
aus Belber, des Vorsitzenden der dortigen K.A.P.D. beantragt die Be-
setzung der öffentlichen Gebäude, requirierte 100 000 Mark, ließ einen
Teil davon verteilen und entwarf eine den Polizeikommissar. Der
Angeklagte behauptet, daß die Aktion nicht gegen die Regierung ge-
richtet gewesen sei, sondern sie hatte nur eine Kundgebung für Ruß-
land sein sollen. Er bestritt die Absicht gehabt zu haben, den Bür-
germeister abzusetzen.

Umshan.

5. Oktober 1921.

Der Reichstag hat sich am Samstag nach einigen Sitzungstagen
wieder auf unbestimmte Zeit vertagt. Es werden mindestens vier
Wochen ins Land gehen, ehe er, wenn nicht inzwischen ganz unvor-
hergesehene Dinge passieren, erneut beisammen ist, und damit ist
zugleich gesagt, daß die Steuerfrage wiederum bis auf weiteres
vertagt worden ist, obgleich es uns wahrlich auf den Fingern brennt.
In der „großen“ politischen Aussprache der letzten Tage der ver-
gangenen Woche hat man zwar von allem andern aber von ihr mit
keinem Wort gesprochen, ja die Vertagung bis Anfang November
ist gerade im Hinblick auch auf sie beschlossen worden.

Es ist unbestreitbar, daß die Aussicht, es werde kaum möglich
sein, der Regierung die Mittel zur Deckung des Reparationssetzels
vor Anfang des nächsten Jahres zu schaffen, etwas Bellemendes
hat, aber ob nun dagegen etwas Grundfährliches geschieht, wenn man
über die Parteien und Fraktionen schimpft, die sich über das Gebot
der Stunde aus unerlaubtem Egoismus hinwegsetzen, ist doch sehr
fraglich. Das Problem der Regierungsbildung ist bei den innerpolitischen
Verhältnissen, wie wir sie nun einmal
haben, nicht übers Knie zu brechen, und wenn Politik als die Kunst
des Möglichen bezeichnet worden ist, so muß man sich eben vor Augen
halten, daß sie von Parteien gemacht wird, und daher immer im
gewissen Sinne auch Parteipolitik darstellt. Wer aber wollte be-
streiten, daß das Steuerproblem der eigentliche Grund der gegen-
wärtigen Verhandlungen über die Koalitionsfrage, geradezu ein
Prüfstein ist für die Kräfteverhältnisse zwischen den einzelnen Par-
teien? Es war daher ein Vorgang von ausschlaggebender Bedeu-
tung, als die S. P. D. an die Unabhängigen die Aufforderung zur
Beteiligung an der Regierung richtete. Manche lassen denn auch
bereits über den „großen“ Block von Stresemann bis Scheidemann
hinaus den „größeren“ von Stresemann bis Breitscheid fertig und
gemacht. Damit dürfte man den Dingen denn aber doch voraus-
eilen.

Es erübrigt sich im Grunde, Betrachtungen darüber anzustellen,
aus welcher Ueberlegung heraus die Mehrheitssozialdemokratie an
die U. S. P. herantreten ist. Es kann als erwiesen gelten, daß
dabei der Wunsch maßgebend war, sich gegenüber der Opposition in
der eigenen Partei, die gegen den Götlicher Beschluß Sturm läuft,
eine Rückendeckung zu schaffen. Diese Erwartung ist denn auch voll-
kommen erfüllt worden. Der „Vorwärts“ kann mit Befriedigung
feststellen, daß keine Partei eine ähnlich weitgehende Bereitwilligkeit
zeigt hat, sich auf den Boden des Götlicher Beschlusses zu stellen,
wie die Unabhängigen. Und in der Tat kann man das sagen, da
in dem Antwortbrief der U. S. P. die Entscheidung zugunsten einer Zu-
sammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien grundsätzlich nur von
deren Zustimmung abhängig gemacht worden ist. Damit hat also die
S. P. D. das Bekenntnis der Bruderpartei zur Linken, daß die
vorherige besagende Stellungnahme der S. P. D. zur Koalition mit
dem Bürgertum zu Recht erfolgte, und damit ist weiter den Gegnern
des Götlicher Entschlusses der Boden unter den Füßen weggezogen.
Es ist nicht ohne symptomatische Bedeutung, daß sowohl das Schrei-
ben Crispian wie der Kommentar in der „Freiheit“ eine bemer-
kenswerte Milde und Zurückhaltung atmen, und wenn man sich fragt,
welche Folgen denn praktisch dieser Briefwechsel zwischen den beiden
sozialistischen Parteien nun haben könne, so gibt darüber der „Vor-
wärts“ allen Aufschluß, der parteioffiziell erklärt, daß die Antwort
der U. S. P. ein politisches Ereignis sei, dem die möglichst weitest-
Auswirkung gegeben werden müsse. Das möglichst besagt, daß hier
zur Zeit gewisse Grenzen angenommen würden und daß die „Aus-
wirkung“ wohl mehr in der Richtung auf den erhofften Zusammen-
schluß oder zum mindestens auf eine mehr oder weniger enge Arbeits-
gemeinschaft zwischen S. P. D. und U. S. P. D. erblickt wird. Man
würde sich im bürgerlichen Lager auch nicht darüber im unklaren sein
dürfen, daß dieses Ziel mit allem Ernst angestrebt werden wird und
man wird gut tun, sich darauf rechtzeitig einzustellen, da, wie be-
reits angedeutet, die Stimmung auch bei den Unabhängigen nichts
mehr von früherer Unverträglichkeit erkennen läßt.

Wir sagten, daß auch innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie
zur Zeit mit dem „größeren“ Block von Breitscheid bis Stresemann
nicht gerechnet wird. Der „Vorwärts“ geht zwar über die formellen
Punkte, die Crispian formuliert, rasch hinweg, indem er sagt, daß
z. B. die Sozialisierung des Bergbaues im Januar ds. Jz. schon von
dem damaligen bürgerlichen Kabinett mit Zustimmung zweier volks-
parteilicher Minister beschlossen worden sei. Aber die bürgerlichen
Parteien dürften jenseits der einen oder der anderen Forderung
der U.S.P.D. grundsätzlich nicht für ein Zusammengehen zu
haben sein. Man denke z. B. nur an die Stellung der U.S.P.D. in
Schul-, Religions- und Kulturfragen, und überlege sich, ob das Zen-
trum trotzdem mit den Unabhängigen in ein und derselben Re-
gierung sitzen könnte? Auch die Demokraten werden darauf verzichten,
sich mit Herrn Breitscheid über die Erfassung der Goldwerte zu strei-
ten, denn aus ihren Reihen stammt das Wort, daß es nicht auf
Goldwerte, sondern darauf ankommt, dem Reich möglichst rasch und
möglichst viel Gold zu verschaffen. Und noch viel weniger würde
sich die Deutsche Volkspartei den „größeren“ Block vorstellen können,
durch dessen Propagierung gegenwärtig nur eins ganz sicher erreicht
werden würde: die Verteilung des „großen“ Blocks.

Und darum muß man wünschen und verlangen, daß die Mehr-
heitssozialdemokratie sich nicht allzusehr in parteiaktive Schlen-
derwege verliert und der Zeit, die schon so manches zur besseren
Belebung der U.S.P. getan hat, überläßt, was durch mehr oder
minder geschicktes Nachhelfen auch nicht beschleunigt werden kann.
Man muß vielmehr von ihr fordern, daß sie sich weiter zu der Reali-
politik bekennet, die sie in Götlich rühmenserweiterweise inauguriert
hat und die als allein möglich die Erweiterung nach
rechts vorstellbar macht. Nur dann kann die behauerliche Erwägung
zögerung, die durch den Briefwechsel zwischen U.S.P. und S.P. her-
beigeführt ist, wieder wettgemacht werden, und nur dann kann auf
an die Deutsche Volkspartei das Verlangen gerichtet werden, auf
ihrerseits von allem, was nach reiner Parteipolitik auszugehen könnte
abzulassen. Denn was uns not tut, sind nicht theoretische Erwägun-
gen über den „größeren“ Block von Stresemann bis Breitscheid, son-
dern sehr ernsthafte und energische Verhandlungen über den „großen“
Block von Stresemann bis Scheidemann, der zur Stunde allein er-
reichbar und denkbar ist.

Landesausschuss der deutschen Volkspartei Hessens

DVO. Darmstadt, 3. Okt. Der Landesausschuss der Deutschen Volkspartei Hessens trat gestern hier zu einer Sitzung zusammen...

Nach längerer Debatte, in der eine ganze Reihe von Rednern und Rednerinnen das Wort ergriff, wurde eine Kandidatenliste aufgestellt...

Das Kreditangebot der deutschen Industrie.

Ueber das Kreditangebot der deutschen Industrie zur Aufbringung der Mittel für die demnächst fälligen Zahlungen auf Reparatorkonto ist während der Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in geschlossener Sitzung verhandelt worden...

Kleine politische Nachrichten.

Der Artillerie-Kommandeur der Roten Armee. Im April 1919 stellte der verh. ehem. Lehramtskandidat und nunmehrige Fabrikant Heinrich G. L. a. s. v. H. in Berlin, seine Dienste der Käteregierung in München zur Verfügung...

Theater und Kunst.

Violinabend Dr. Brückner.

Den hiesigen Musikfreunden stellte sich gestern Abend im Saale der Eintracht Herr Dr. Karl Brückner vor, der neue Lehrer für Violin am Landesconservatorium. In der letzten Auffassung seiner künstlerischen Eigenschaften schien ihn seine Geige, die ab und zu den Ton nicht leicht und klar geben wollte, etwas einzusengen...

Mannheimer Nationaltheater.

Was uns das wenig aufgeführte Trauerspiel Grillparzers lieb und seine Neuentdeckung extremlich macht, ist nicht nur stille Ehrfurcht vor den Wunden einer Dichterkunst, die sich in den Schmerz ausbrühen der Hero leide ausbluten...

Annahme der badischen Gemeindeordnung in 2. Lesung.

Reichskanzler Dr. Wirth wohnt der Sitzung bei. — Annahme des V. Nachtrages zum Staatsvoranschlag für 1920 und 1921. — Verschiedene kleinere Gesetzentwürfe.

Trotz der knappen Zeit, die dem Landtag für seine Schlussarbeit noch zur Verfügung steht, besichtigt er sich bei der Durchberatung der einzelnen Vorlagen größter Gewissenhaftigkeit. Diese trat heute vormittag bei der zweiten Lesung der neuen Gemeindeordnung besonders stark zu Tage...

grundsätzlich die Selbstverwaltung zu achten. Wie die Länder, müssen auch die Gemeinden die Steuerhoheit preisgeben. Der Minister wandte sich dann gegen die Kritik des deutsch-nationalen Abgeordneten in der Generaldebatte der ersten Beratung...

Während der Vornahme der Abstimmung betritt Reichskanzler Dr. Wirth, der noch Mitglied des badischen Landtags ist, den Saal um an den weiteren Beratungen teilzunehmen.

Sitzungsbericht.

66. öffentliche Sitzung. — Karlsruhe, 5. Oktober. Präsident Dr. Kopf eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr. Ein deutsch-nationaler Antrag auf Entschädigung jener Landwirte, die bei der Durchführung der Redarkanalisation Gelände eingekauft haben, wird einem Ausschuss überwiesen...

Bei dem Vorschlag über die Gemeindeordnung einstimmig angenommen. Während der Berechnung des Ruhegehaltes zu der in dem Zeitabschnitt vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 wirklich abgeleiteten Dienstzeit, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat, die Hälfte hinzuzurechnen...

STOTTERN advertisement with contact information for Stottern, including address and phone number.

kennt auch Grillparzer höchste Menschlichkeit, denn während die Gottheit in der alten Sage die Natur selbst zum Werkzeug ihrer Rache braucht, werden die Liebenden in seinem Werk nur scheinbar durch den Götterpruch, wirklich aber durch Menschenhand getrennt...

Unkündigen Herzogs von Anhalt-Desau, sich allmählich den Weg zum Münchener Kunstakademie zu bahnen, wo er seit dem Jahre 1868 bei dem Meister der Radierkunst, Professor Raab, sich hauptsächlich bei Radierkunst widmete. Nach dem Kriege 1870/71, der Kraustopf bei den Fahren sah, nahm er sein Studium wieder auf, wobei er die Unterstützung des Archäologen Professor von Brunn fand...

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Handelszeitung der Badischen Presse.

Die Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen.

Deutschland hat keine Veranlassung, die in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober erfolgte Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen mit irgendeinem Gefühl besonderer Genugtuung zu begründen, denn erstens ist die Aufhebung unter Vorbehalt erfolgt und zweitens waren die „Sanktionen“ nichts weiter als ein mit Verspätung und auch nur teilweise wieder rückgängig gemachter Rechtsbruch. Rechtsbruch ist heute noch die weitere Aufrechterhaltung der militärischen Zwangsmaßnahmen, die Befolgung von Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort. Immer wieder müssen wir betonen, daß die ganzen Zwangsmaßnahmen eine Verletzung des Friedensvertrages und des Völkerrechtes waren und auch im Rheinlandabkommen keinerlei Stütze fanden.

Sieben Monate lang, von Anfang März bis Ende September, ist Deutschland widerrechtlich vergewaltigt, an seiner Wirtschaft wie an seinen Finanzen aufs schwerste geschädigt, die Bevölkerung im besetzten Gebiet aufs schärfste bedrückt und in ihrer Bewegungsfreiheit beengt worden.

Nachdem Deutschland das Londoner Ultimatum angenommen hatte, war jeder Schein von Berechtigung für irgendwelche Zwangsmaßnahmen überhaupt entfallen. Von englischer Seite war damals zum Ausdruck gebracht worden, daß man in London den Vorfall der „Sanktionen“, sowohl der wirtschaftlichen wie der militärischen, als selbstverständlich erachte. Frankreich aber trübte sich mit aller Gewalt gegen ihre Aufhebung, denn es wollte mit Hilfe der „Sanktionen“ die Rheinlande politisch und wirtschaftlich dauernd von Deutschland loslösen und suchte einen Vorwand zum Einmarsch in das Ruhrgebiet. Frankreich war es auch, das trotz des vom Obersten Rat in Paris gegebenen feierlichen Versprechens die Aufhebung der „Sanktionen“ über den 15. September hinaus unter jeden beliebigen Vorwand durchzusetzen verstand, trotzdem Deutschland am 31. August die geforderte Goldmilliarde unter schwersten Opfern und unter Zerrüttung seiner Valuta pünktlich bezahlt hatte.

Die Bedingungen, unter denen die Aufhebung der wirtschaftlichen „Sanktionen“ nunmehr erfolgt ist, sehen ganz so aus, als sollten unter französischer Führung und unter dem Diktandum der Artikel 264 bis 267 des Friedensvertrages mit Hilfe des zu errichtenden Ueberwachungsorgans gegen Diskriminationen bei der Erteilung von Aus- und Einfuhrbewilligungen für das besetzte Gebiet „Erlaß-Sanktionen“ eingerichtet werden. Ueber die Befugnisse dieses Ueberwachungsorgans sollen in diesen Tagen in Koblenz Verhandlungen beginnen, an denen auf deutscher Seite auch der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung teilnimmt. Man möchte hoffen und wünschen, daß es gelingt, die Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen für das besetzte Gebiet wieder in die Hände der deutschen Organisationen zurückzugeben und dem Ueberwachungsorgan nur gewisse Kontrollbefugnisse ohne Betretung einzuräumen. Den Franzosen liegt vor allem an der Kontrolle der Einfuhr, denn sie wollen sich im besetzten Gebiet und im freien Deutschland einen dauernden Absatz für ihre Waren, besonders für ihre Luxusgegenstände schaffen. Die Zubilligung gewisser Einfuhrkontingente spielt bekanntlich auch in den Wiederaufbauverhandlungen eine Rolle, die zwischen Rathenau und Loucheur gepflogen worden sind und in den nächsten Tagen in Wiesbaden fortgesetzt werden sollen. Wie das Pariser „Journal“ berichtet, handelt es sich hierbei um die Aufstellung von Listen, die diejenigen Waren bezeichnen, die nach Deutschland frei eingeführt werden können und die nach gegenseitigem Abkommen als Einfuhrkontingente bestimmt werden.

Gefallen sind nunmehr die Kontrolle der deutschen Zollverwaltung (Verordnung 77 der Rheinlandkommission), die Rheinpostlinie, also die Ein- und Ausfuhrzölle am Rhein im Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland (Verordnung 81 und 91), die Beschlagnahme der Ausfuhrzölle, die Beschlagnahme der Zölle an der westlichen Reichsgrenze und die Sonderregelung der Ein- und Ausfuhr (Verordnung 82), außerdem die Bestimmungen der Rheinlandkommission über die Zuständigkeit der alliierten Militärgerichte und der deutschen Gerichte in Zoll- und Ausfuhrangelegenheiten (Verordnung 84, über die Pflichten gewisser deutscher Verwaltungsbehörden in Zollangelegenheiten (86), über den Schutz der Inhaber von Ein- und Ausfuhrbewilligungen, die von alliierten Behörden ausgestellt worden sind (87), über die Befugnisse der alliierten Zollbeamten (88) und über die Regelung des Alkoholverkehrs im besetzten Gebiet (89).

Unberührt bleibt die Gültigkeit der auf Grund der aufgehobenen Bestimmungen getroffenen Akte, erworbenen Rechte, übernommenen Verbindlichkeiten und verhängten Strafen. Die strafgerichtliche Zuständigkeit nach der Verordnung 84 gilt noch für die vor dem Inkrafttreten der neuen Verordnung liegenden Handlungen.

Die von den alliierten Stellen im besetzten Gebiet erteilten Ein- und Ausfuhrbewilligungen bleiben gültig, ebenso die von ihnen ausgestellten Freilisten für die Dauer von drei Monaten. Ferner bleibt die Freiheit des Verkehrs mit Postpaketen bis zu 5 Kilogramm über die Grenzlinie der besetzten Gebiete für einen Monat bestehen.

Irgendwelche Erfassungs- oder Beschlagnahmemaßnahmen gegen die auf Grund allierter Bewilligungen eingeführten Waren sind untersagt, ebenso jede behördliche Maßnahme gegen diejenigen Personen, die auf Grund der Sanktionsverordnungen Geschäfte getätigt oder an der Durchführung der „Sanktionen“ dienlich teilgenommen haben.

Eingehende Verfahrens Vorschriften sichern die Durchführung dieser Bestimmungen. Für die Zwecke der Abrechnung der für den Reparationsauschuß von der Rheinlandkommission und ihren Organen vereinnahmten deutschen Zolleinkünfte bleiben die zuständigen deutschen Behörden den betreffenden Organen der Rheinlandkommission unterstellt.

Die bei der Durchführung der Sanktionen der deutschen Verwaltung entstandenen Kosten fallen dem Deutschen Reiche zur Last. Die Suspension der deutschen Gelehe und Verordnungen, die von der Rheinlandkommission auf Grund der Sanktionsverordnungen ausgesprochen wurde, wird aufgehoben. Bis zum Inkrafttreten des Interalliierten Zollauschusses legt das Emser Ein- und Ausfuhramt seine Tätigkeit fort, soweit es sich um den Warenverkehr über die Landesgrenze des besetzten Gebietes handelt.

Industrie und Handel.

Beteiligung der Stadt Mannheim an der Gründung des Kraftwerkes Mannheim A.-G. Der Bürgerausschuß Mannheims beschloß gestern einstimmig die Beteiligung der Stadtgemeinde an der Gründung des großen Kraftwerkes Mannheim A.-G. durch Uebernahme von Aktien in Höhe von 7,8 Millionen M. durch Uebernahme der Bürgerschaft für eine Obligationenleihe in Höhe von 40 Mill. M. An der Gründung beteiligen sich außer der Stadt das Baden-Werk, die Pfalzwerke und die Redartanal A.-G. Außerdem bewilligte der Bürgerausschuß einen Bauschuld von 30 Millionen M. für den Bau des Werkes. Nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ stimmte eine kleine Opposition gegen die Vorlage, allerdings nur deshalb, weil die Oberrheinische Eisenbahngesellschaft sich noch nicht endgültig verpflichtet hat, ihren Strombedarf aus dem geplanten Kraftwerk zu decken.

Süddeutsche Drahtindustrie A. G. Mannheim. Die Gesellschaft, die etwa vor Jahresfrist ihr Aktienkapital um etwa 1,70 Millionen auf 3 Millionen Mark erhöhte und die jungen Aktien an die Commandit-Gesellschaft de Wendel in Hagenberg übergeben hat, beantragt für das am 30. Juni ds. Js. abgelaufene Geschäftsjahr auf Erhöhung des Aktienkapitals eine Dividende von 12 (10) Prozent.

C. E. Anor A.-G., Heilbronn am Neckar. Der außerordentlichen Hauptversammlung wird die Ausgabe von 13 Mill. M. neuen Aktien vorgeschlagen werden, und zwar plant man dabei, 12 Mill. M. Stamm und die übrige Mill. M. als Vorzugsaktien zu begeben. Die Vorzugsaktien sollen erhöhtes Stimmrecht erhalten.

Behwerke A.-G. in Augsburg. Die Gesellschaft beantragt die Zulassung von 30 Millionen neuen Aktien zur Münchener Börse.

Portlandzement-Werk Burg Bengelberg A.-G. in Burg-Bengelberg, Mannheim, Stuttgart gehörige Portlandzement-Werk Burg Bengelberg A.-G. beantragt eine Kapitalerhöhung auf 5 Mill. M. ohne Angaben über die beabsichtigte Verwendung der neuen Mittel zu machen. Die Gesellschaft hat 1920 10 Proz. Dividende ausgeschüttet, nachdem sie seit ihrer Gründung ertragslos geblieben war.

Eine Reichsvereinfachungskonferenz in München. Wie aus München verlautet, ist zum 7. Oktober eine Zusammenkunft der Präsidenten sämtlicher Eisenbahndirektionen der deutschen Reichseisenbahnen einberufen, wobei der Reichsvereinfachungsminister den Vorsitz übernehmen wird. Die Konferenz soll wichtigen Beratungen dienen.

Grimm, Schmidt u. Co., Hamburg. Die fortlaufende Steigerung der Frachtpreise hat — wie wir hören — die Firma Grimm, Schmidt u. Co., Hamburg (Import und Export von getrockneten Pflanzen) veranlaßt, in Passau eine Erzeugungsfabrik für bosn.-herz. getrocknete Pflanzen mit einer Tagesleistung von circa 8000 Kisten zu errichten. Die Hamburger Anlage der Firma (Tagesleistung ca. 6000 Kisten) bleibt außerdem für bosnisch-herzische und kalifornische Pflanzen bestehen. Die Firma dürfte mit diesen beiden Anlagen wohl die größten Erzeugungsanlagen der Welt besitzen. Die Passauer Anlage soll im Laufe des November a. c. betriebsfertig sein und schon für die kommende Ernte in Tätigkeit treten.

Bereinigung der Zwiesler und Binger Farbglaswerke A. G., München. Bei der Bereinigung wird der Betrieb der Fabrik Zwiesel, der infolge der Sanktionen während der Sommermonate still lag, nach einer Mitteilung der Verwaltung in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Preiserhöhung für Türschloßer. Wie uns vom Eisen- und Stahlwaren-Industrieverband in Elberfeld geschrieben wird, hat der Türschloßerband Gruppe „Einstechschloßer“ mit Wirkung vom 1. Oktober den Verkaufsauflage für das Inland für Buntbarischlößer auf 550 Prozent, für Chubb-Schloßer auf 500 Prozent erhöht. Das Ausland mit schwacher Valuta wird wie das Inland befreit. Für das übrige Ausland gelten für Buntbarischlößer 600 Prozent, für Chubb-Schloßer 550 Prozent Aufschlag. Der Türschloßerband Gruppe „Rastenschloßer“ hat den Verkaufsauflage für seine Fabrikate mit Wirkung ab 29. September auf 1200 Prozent erhöht. Die Preise sind nicht mehr freibleibend und gelten wieder als Festpreise.

Wagengestellung für Kohle, Koks und Erzketts vom 30. Sept. 1921. Gestellt wurden im Ruhrrevier 19 538 Wagen, nicht gestellt 2402, beladen zurückgeliefert 18 944; gestellt wurden im Oberschlesischen Revier 7492, nicht gestellt 1968 und beladen zurückgeliefert 7163 Wagen. Wagengestellung vom 1. Okt. 1921: Gestellt wurden im Ruhrrevier 18 936, nicht gestellt 2995 und beladen zurückgeliefert 18 224 Wagen; gestellt wurden im Oberschlesischen Revier 7653, nicht gestellt 1573, und beladen zurückgeliefert 7370 Wagen. Wagengestellung vom 2. Okt. 1921: Gestellt wurden im Ruhrrevier 5793, nicht gestellt 43, beladen zurückgeliefert 5583 Wagen; gestellt wurden im Oberschlesischen Revier 881, und beladen zurückgeliefert 478.

Erhöhte Mehlpreise. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat ihren Preis für Weizenmehl Spezial Kull auf 725 M. pro 100 Kilo als Mühlen nach den bestimmten Bedingungen erhöht. Roggenmehl kostet zur Zeit 515—550 M. die 100 Kilo ab süddeutsche Mühlen.

Auslandspreiserhöhung für Emaillewaren. Wie uns vom Eisen- und Stahlwaren-Industrieverband in Elberfeld geschrieben wird, beschloß der Verband Europäischer Emaillewerke mit sofortiger Wirkung den Aufschlag für Rostensendungen nach dem Auslande vorerst auf acht und ein Prozent festzusetzen und für weiße Geschirre einen Aufschlag von zehn Prozent zu berechnen. Die Emballage ist nach dem Taragewicht mit M. 3,50 für das Kilo in Rechnung zu stellen.

Wirtschaftspolitisches.

Verlängerung der Emser Ein- und Ausfuhrbewilligungen. Der Interalliierte Ausschuss der Rheinlandkommission hat bestimmt, daß nur solche Emser Ein- und Ausfuhrbewilligungen verlängert werden dürfen auf die wenigstens ein Teil der beantragten Waren ein- oder ausgeführt worden ist. Für völlig unbenutzt gebliebene Bewilligungen wird eine Verlängerung im allgemeinen nicht erteilt. Ausnahmsweise kann eine Verlängerung befürwortet werden, wenn glaubhaft nachgewiesen wird, daß aus besonders wichtigen Gründen (lange Herstellungsdauer der Ware, höhere Gewalt usw.) eine Verlängerung der Bewilligung in der vorgezeichneten Zeit von drei Monaten nicht möglich war. Bewilligungen, die nach Verfall, also nicht rechtzeitig, zur Verlängerung in Emser eingereicht werden, bleiben unberücksichtigt. Der Einreichung eines entsprechenden neuen Antrages steht jedoch nichts im Wege.

Die Außenhandelsstelle für Rohholz zur Devisenbeschaffung. Die Außenhandelsstelle für Rohholz und Erzeugnisse der Sägenindustrie hat auf Grund eines Beschlusses ihres Arbeitsausschusses an die Holzhandelsfirmen ein Rundschreiben gerichtet, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, daß alle Firmen, die Ware nach dem Ausland verkaufen, sich bemühen, mit dem Käufer Zahlung in ausländischer Währung zu vereinbaren und die daraus sich ergebenden Devisen möglichst in vollem Umfange der Reichsbank mittelbar oder unmittelbar zur Verfügung zu stellen. Ausnahmen können nur dann zugelassen werden, wenn es sich um Firmen handelt, die zur Einfuhr von Rohstoffen oder zur Unterhaltung einer ausländischen Niederlassung und dotal einen Teil der Devisen benötigen. Vom 1. Oktober 1921 ab wird die Auszahlung der Ausfuhrbewilligungen, die über ausländische (hochwertige) Währungen lauten, von der Abgabe einer Erklärung abhängig gemacht, durch die sich die Ausfuhrfirmen verpflichten, die Richtlinien des Reichskommissars, der Reichsbank und

der Außenhandelsstelle zu beachten, die eingegangenen Devisen der Reichsbank zur Verfügung zu stellen und der Auslandsstelle des Reichsbankdirektoriums die statgegebene Devisenlieferung nachzuweisen.

Ernteberichte.

Zur Weinausfuhr. Es scheint Bestimmung des 1921ers zu sein, daß er zum größten Teil über die Grenze geht. Täglich sieht man, so schreiben die „Marktgrüßer Nachrichten“ in Müllheim, Fahren des Neuen mit den charakteristischen Gefäßformen der Schweizer Grenze zu gehen. Es ist gewiß den Rebbaunern zu gönnen, wenn sie einen angemessenen Preis für ihre Mühe und Arbeit bekommen, aber es ist doch traurig, daß dieser erzielte Trost fast nur für die Reben der Ausländer gemacht sein soll. Man hört, daß die von Schweizern aufgekauften Weine zum Teil gar nicht über die Grenze gehen, sondern dort eingelagert werden, um später als Spekulationsobjekt wieder auf den Markt geworfen zu werden.

Notierungen der Frankfurter Börse vom 5. Okt.

Bank- und Industrie-Aktien.		Bank- und Industrie-Aktien.	
3.	5.	3.	5.
Bad. Bank	420.-	Harz. Bergb.	1000.-
Darmst. Bank	420.-	Laurenhütte	670.-
Dtsch. Bank	405.-	Aschb. Zellst.	732.-
Disk.-Gesell.	330.-	Grün & Bilg.	700.-
Dresd. Bank	395.-	Cem. Heidelberg	730.-
M.-D.-Creditt.	245.-	Bad. Anilin	575.-
Oestr.-Ländk.	78.-	Scheidemant.	1138.-
Pfalz. Bank	235.-	Höchst. Farb.	595.-
Rh. Kreditb.	227.50	El.Licht.Kraft	448.-
Städt. Dis.Ges.	230.-	Jungh. Gebr.	660.-
Weniger Bank	38.-	Adl.M.Oppenh.	1885.-
Württ. Notbk.	215.-	M.-F. Badensia	750.-
Boch. Gußst.	863.-	Durlach	800.-
Gelsenk. Bk.	826.-	Grütz.Durl.	800.-

Frankfurter Börse vom 5. Oktober. Die Börse eröffnete sehr lebhaftem Geschäft. Zu großen Umsätzen kam es wieder in einzelnen Spezialpapieren. Im freien Verkehr waren besonders Gebrüder Fahr gesucht, sie schwankten zwischen 1040 und 1050, Berg war fest 364—366, Bahnbedarf A.-G. bei größeren Umläufen 560 etc. öffend, stiegen auf 600, waren aber später wieder 590 genannt. Man hörte ferner junge Brown Boveri 430, Karstadt jetzt 330, Inag 367. Chemische Renania fanden weitere Bezahlung 796. Junge Wfa 220, Julius Sichel 690, Ludwig Ganz fester 540. Der Devisenmarkt lag ruhig bei fester Stimmung. Auslandswerte hatten deshalb nur geringe Kursbewegungen zu verzeichnen. Zehnprozentige Teanatepec, welche anfangs gesucht waren, stellten sich auf 818. Deutsche Petroleum zwischen 1185 und 1170. Elektrische Aktien lagen weiterhin fest. Elektrische Viererungsgesellschaft waren auf Bestrebungen an den Anschlag an einen großen Elektrizitätskonzern sehr stark gefragt. Marktstark hieben ebenfalls ruhiger gehandelt. Der Kassamarkt der hauptsächlich das Spekulationsfeld des Publikums ist, war wiederum recht fest. Sehr gesucht waren Schuhfabrik Vereinigte Vereines und Wessell, Bingwerte, Deutscher Verlag, Maschinenfabrik Ethingen und Kiedinger. Sanktionen sowie Schiffahrtswerte befehen feste Stimmung. Auf den variablen Werten lagen ferner Montanaktien fester. Laurahütte, Oberberg, Raro fest. Phönix 960. Bergmann wurden bis 600 gehandelt. Sehr gesucht waren Badische Anilin. Im Verlaufe wurde das Geschäft ruhiger, doch erhielt sich die feste Grundstimmung bis zum Schluß. Rheinisch wurden mit 1190 variabel gehandelt. Privatdiskont 3 1/2 %.

Vom Valutamarkt.

Berliner Devisennotierungen. Berlin, den 5. Oktbr. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Anszahlung.	4. 9. 21	5. 10. 21	Telegraph. Anszahlung.	4. 9. 21	5. 10. 21
Amsterdam	1976	1984	New-York	123 87	124 17
Brüssel Antw.	864 50	865 90	Paris	279 10	280 90
Kristiania	1563 45	1505 57	Schwiz	2155 80	2159 71
Kopenhagen	2237 75	2242 75	Spanien	1608 85	1641 5
Stockholm	2782 90	2787 50	D.-Oestr. Abg.	7 58	7 57
Helsingfors	182 80	183 70	Prag	128 60	129 30
Italien	489 50	490 50	Budapest	17 68	17 88
London	482 50	483 80	Poln. Noten	—	—

Frankfurter Devisennotierungen. Frankfurt, den 5. Okt. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Anszahlung.	4. 10. 21	5. 10. 21	Telegraph. Anszahlung.	4. 10. 21	5. 10. 21
Antw.-Brüssel	869 10	870 30	Norwegen	1523 40	1531 60
Holland	873 50	875 50	Schweden	2784 20	2790 30
London	481 75	482 75	Helsingfors	185 80	186 20
Paris	891 10	892 50	New-York	124	124 50
Schwiz	2160 30	2164 70	Wien (alt)	—	—
Spanien	1608 40	1611 60	D.-Oestr. Abg.	7 54	7 53
Italien	492	493	Budapest	17 60	17 48
Lissabon-Op.	—	—	Prag	129 90	130 30
Dänemark	2282 70	2287 30	—	—	—

Zürcher Devisennotierungen. Zürich, den 5. Okt. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraphische Anszahlungen.		Telegraphische Anszahlungen.		
4. 10. 21	5. 10. 21	4. 10. 21	5. 10. 21	
Holland	184 50	183 75	New-York	574
Deutschland	4 82 1/2	4 55	Agram	2 50
Wien	6 30 1/2	6 05	Bukarest	4 93
Paris	6	5 80	Kopenhagen	104
London	21 45	21 45	Stockholm	128 50
Italien	22 89	22 75	Kristiania	70 50
Brüssel	40 15	40 10	Madrid	74 75
Budapest	6 30	6 22 1/2	Buenos-Aires	185

Hamburger Metallpreise vom 4. Oktober.

Silber ca. 900 fein	2850	2775	—	Weichblei, raffiniert	1075	1075
per 1. Monat	2850	2775	—	Banca Zink	74	75
per 3. Monat	2850	2775	—	Zinn Disc-Minim. 90%	33 75	34 50
per 1. Monat	1170	1200	—	Kupfer raffiniert	30	31
per 3. Monat	1170	1200	—	raffiniert	30	31
per 1. Monat	1170	1200	—	Wirebars	34 50	35
per 3. Monat	1170	1200	—	Quecksilber	12 25	13
Zink umgeschmolz.	980	1010	—	Antimon	—	—
Weichblei ab Lager	1100	1150	—	Nickel	—	—
ab Hütte	1100	1150	—	Aluminium	—	—

Infolge des außerordentlich regen Verkehrs an der Berliner Börse, konnten wir die Berliner Effekten und die festverzinslichen Papiere in der Abendausgabe nicht bringen. Wir werden diese an unserer Anschlagtafel anbringen. Eine Zirkel und Lampe sofort nach Erscheinen der Kurse, was gegen 5 1/2 Uhr zu erwarten ist, Straße und an der Annoncenruhr an der Kaiserstraße und die Kurse in der morgigen Mittagsausgabe wiederholen.

Jubiläums-75-Brand.

Winkelhausen

Die deutsche Weinbrandmarke

General-Vertretung und Fabriklager: Mondorf & Meffert, Karlsruhe i. B. — Fernruf 4993.

Lehrantsdr. Dr. phil. erteilt

Nachhilfe
in allen Fächern außer engl., worüber Dankeschein, Wagn. u. P. 1920 an die „Bad. Presse“

Pelzverkauf.
Damen, Damen u. Kinderpelze zu billigen Preisen, 1920

G. Kumpf,
Dombauerstr. 5, pl.
Ede Akademie.
Rein Baden.

Schäden bei dem Oppauer Explosionsunglück, und größere Beträge für die Brandgeschädigten von Löfzingen und die Hagege...

Abg. Seubert (Str.) und über den des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Abg. Arnold (Soz.). Die beiden ersten Etats wurden einstimmig angenommen.

Abänderung des Forstgesetzes vom 11. Nov. 1833. Danach müssen die Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die ihre Wälder durch staatliche Forstbeamte bewirtschaften lassen, an die Staatsverwaltung einen jährlichen jeweils festzusetzenden Beitrag zahlen.

Den Bericht des Schulausschusses über die Aenderung des Gesetzes über die Erziehung und den Unterricht nicht volljähriger Kinder vom 11. August 1902 erstattete.

Abg. Ködel (Str.). Der Gesetzentwurf bezweckt, die erhöhten Beiträge für die Jöglinge in diesen Anstalten schon für das Schuljahr 1920/21 erheben zu können. Die Bestimmungen sollen mit Wirkung vom 1. April 1920 in Wirksamkeit treten.

Die demokratische Liste für den 7. Wahlkreis. Die Deutsche Demokratische Partei hat jetzt ihre Wahlvorschlagsliste für den 7. Badischen Landtagswahlkreis Heidelberg-Mosbach aufgestellt.

Die Deutsche Demokratische Partei hat jetzt ihre Wahlvorschlagsliste für den 7. Badischen Landtagswahlkreis Heidelberg-Mosbach aufgestellt. Sie enthält an erster Stelle folgende Namen: 1. Fritz Schön, Direktor der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Karlsruhe; 2. Tapeziermeister Otto Burckhardt in Heidelberg; 3. Pfarrer Georg Jehn in Unterschöpp; 4. Schneidermeister und Stadtrat Konrad Spöhr in Eberbach; 5. Rechtsanwalt Dr. Otto Schöck in Heidelberg; 6. Bürgermeister und Landwirt Gustav Baumgärtner in Reichardtshausen; 7. Ratsschreiber Karl Haag in Neckarimmern; 8. Sozialbeamter Fritz Dr. Elisabeth Herbig in Heidelberg; 10. Anstaltsvorsteher Albert Eichs in Wiesloch usw.

Beitren, 5. Okt. (Fädlicher Unfall.) Beim Herbstfest wurde der 35 Jahre alte verheiratete Landwirt Wilhelm Weiser von Raubronn von einem umstürzenden Wagen getötet.

Tauberschloßheim, 5. Okt. (Erung der Gefangenen.) Vorgestern fand im hiesigen Gymnasiumsgebäude die Enthüllung einer Gedenktafel zu Ehren der gefallenen 2 Lehrer und 33 Schüler des Gymnasiums statt, der eine Gedenkfeier in der Turnhalle mit einer Ansprache des Direktors vorausging.

St. Blasien, 4. Okt. Im hiesigen Bezirksamt wurde eine Besprechung zwischen Vertretern der landwirtschaftlichen Vereinigungen und der Verbraucher abgehalten, worin die Landwirte anerkennen, daß die Kartoffelernte mehr als einen Mittelwert im Bezirk bringen werde.

Konstanz, 30. September. Die heutige Vollversammlung der Sandeistammer für den Kreis Konstanz hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Aus dem Geschäftsbericht ist die erfolgreiche Bemühung der Kammer für die Beibehaltung und die Durchführung des Stickerwerbungsverkehrs mit der Schweiz hervorzuheben.

Konstanz, 5. Okt. Der hiesigen Staatsanwaltschaft ist es gelungen, eine Reihe von Stücken fischlicher Gegenstände, die wahrscheinlich geflohen sind, aufzugreifen und zu beschlagnahmen. Daunter befindet sich eine größere Reihe silbervergoldeter und kupfervergoldeter Kelschläge. Die zu den Kelschen gehörigen Becher sind in diese Stücke zerschnitten. Unter den zerschnittenen Teilen befinden sich auch solche von einer Monitranz.

Aus der Landeshauptstadt. Karlsruhe, den 5. Oktober. Die Bevölkerungsbewegung der Stadt Karlsruhe.

Die statistischen Monatsberichte der Stadt Karlsruhe sind heute erschienen und enthalten interessante Zahlen über die Bevölkerungsbewegung. Am 30. Juni 1921 zählte Karlsruhe nach dem neuesten Heft der statistischen Monatsberichte der Stadt 136 974 Einwohner gegen 137 173 am 1. Mai; 137 173 am 1. April u. 138 170 am 1. Jan. Gegenüber dem Jahresanfang ist also zu Ende des ersten Halbjahres ein Verlust von fast 1200 Seelen eingetreten.

Die Karlsruher Postbeamten und die Ortsklasseneinteilung. Vorgestern Abend hielten hier der Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Kreisverein Karlsruhe und die Gewerkschaft Deutscher Post- und Telegraphenbeamten (Mittleranwärter) gestreut zwei gutbesuchte Versammlungen ab, in denen von beiden Berufsvertretungen der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, daß sie sich hinter die Forderung der Spitzenorganisation stellen, wonach die Post- und Telegraphenbeamten in den Streit eintreten, falls Karlsruhe nicht in die Ortsklasse A kommt.

Regelung der Arbeitszeit. Im Reichsarbeitsministerium ist, wie wir erfahren, ein besonderer Entwurf zur endgültigen Regelung der Arbeitszeit der Angestellten auf gleicher Grundlage wie für die gewerblichen Arbeiter in Vorbereitung. Karlsruheener Marktbericht vom 5. Oktober. In Gemüse und Obst ist die Zufuhr andauernd gut, in Kartoffeln dagegen mittelmäßig. Die Preise waren heute für Obst, Gemüse und Kartoffeln unverändert, auch für Fleisch und Wurstwaren, See- und Flussfische.

Mieterechtsverein. Ueber „brennende Mieterechtsfragen“ sprach gestern Landgerichtsrat Dr. Frommherz im Arbeiterechtsverein. Es galt als Fragen des täglichen Rechtslebens zu erörtern, die heute gar mandem auf den Fingern brennen. Daß es von sachkundiger Seite gefaßt, dafür bürgte die besondere Vertraulichkeit des Redners mit dem recht verweideten Stoff.

St. Blasien, 4. Okt. Im hiesigen Bezirksamt wurde eine Besprechung zwischen Vertretern der landwirtschaftlichen Vereinigungen und der Verbraucher abgehalten, worin die Landwirte anerkennen, daß die Kartoffelernte mehr als einen Mittelwert im Bezirk bringen werde. In Berücksichtigung ihrer Auslagen für Säme, Düngen, Saatgut und Kunstdünger aber sprachen sie sich dahin aus, daß sie trotzdem für den Zentner frei ins Haus 50 Mark fordern müßten.

Konstanz, 30. September. Die heutige Vollversammlung der Sandeistammer für den Kreis Konstanz hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Aus dem Geschäftsbericht ist die erfolgreiche Bemühung der Kammer für die Beibehaltung und die Durchführung des Stickerwerbungsverkehrs mit der Schweiz hervorzuheben. In nachrücklicher Weise vertrat die Kammer ihre Firmen in der Frage der Gültigkeit und stellte sich besonders gegenüber der neuerdings vorgezeichneten dreiprozentigen Erhöhung auf den Standpunkt, daß unter verkehrsreicherer Bezieher besondere Berücksichtigung verdient.

Konstanz, 5. Okt. Der hiesigen Staatsanwaltschaft ist es gelungen, eine Reihe von Stücken fischlicher Gegenstände, die wahrscheinlich geflohen sind, aufzugreifen und zu beschlagnahmen. Daunter befindet sich eine größere Reihe silbervergoldeter und kupfervergoldeter Kelschläge. Die zu den Kelschen gehörigen Becher sind in diese Stücke zerschnitten. Unter den zerschnittenen Teilen befinden sich auch solche von einer Monitranz.

St. Blasien, 4. Okt. Im hiesigen Bezirksamt wurde eine Besprechung zwischen Vertretern der landwirtschaftlichen Vereinigungen und der Verbraucher abgehalten, worin die Landwirte anerkennen, daß die Kartoffelernte mehr als einen Mittelwert im Bezirk bringen werde. In Berücksichtigung ihrer Auslagen für Säme, Düngen, Saatgut und Kunstdünger aber sprachen sie sich dahin aus, daß sie trotzdem für den Zentner frei ins Haus 50 Mark fordern müßten.

Konstanz, 30. September. Die heutige Vollversammlung der Sandeistammer für den Kreis Konstanz hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Aus dem Geschäftsbericht ist die erfolgreiche Bemühung der Kammer für die Beibehaltung und die Durchführung des Stickerwerbungsverkehrs mit der Schweiz hervorzuheben. In nachrücklicher Weise vertrat die Kammer ihre Firmen in der Frage der Gültigkeit und stellte sich besonders gegenüber der neuerdings vorgezeichneten dreiprozentigen Erhöhung auf den Standpunkt, daß unter verkehrsreicherer Bezieher besondere Berücksichtigung verdient.

Konstanz, 5. Okt. Der hiesigen Staatsanwaltschaft ist es gelungen, eine Reihe von Stücken fischlicher Gegenstände, die wahrscheinlich geflohen sind, aufzugreifen und zu beschlagnahmen. Daunter befindet sich eine größere Reihe silbervergoldeter und kupfervergoldeter Kelschläge. Die zu den Kelschen gehörigen Becher sind in diese Stücke zerschnitten. Unter den zerschnittenen Teilen befinden sich auch solche von einer Monitranz.

in Mühlburg eine Feldhütte erbauen und daraus 4 große Hafen im Gesamtwert von 240 M. gestohlen. — In verfloßener Nacht wurde einem auswärtigen Landwirt von der Oststadt nach der Südstadt von einer Frauensperson seine Briefmappe mit 800 M. Inhalt aus der Hosentasche entwendet.

Mieter- und Untermieter-Vereinigung. Am Donnerstag den 6. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saale „Zur Walhalla“, Augartenstraße 27, eine Mieterversammlung mit folgender Tagesordnung, „Die Mieter, Vermieter und Behörden“, statt.

Turnen / Spiel / Sport.

Aus dem X. Turnkreis (Baden). Der neu gegründete Turnverein Dertingen bei Wehrheim ist in den Main-Neckar-Gau aufgenommen worden. Der Turnclub Waldorf ist aus der freien Turnerschaft zum Angeltal-Gau übergetreten. Der Turn-Verein Wehrheim ist mit Zustimmung des Kraichgau zum Angeltal-Gau übergetreten.

Die Reichsfahrt des A. D. A. C.

Erster Tag: Berlin—Leipzig 183 Km. Leipzig, den 4. Okt. 1921. (Von unserer am der Fahrt teilnehmenden Sonderberichterstatter.) Die Konkurrenten, die sich im frühen Morgen gegen 7 Uhr den Schlaf aus den Augen rieben und zum Fenster hinausschauten, mögen eine gehörige Gänsehaut verspürt haben, namentlich die Motorradler, die ja etwa 1/2 der ganzen Karawane bilden.

Die Konkurrenz, die sich im frühen Morgen gegen 7 Uhr den Schlaf aus den Augen rieben und zum Fenster hinausschauten, mögen eine gehörige Gänsehaut verspürt haben, namentlich die Motorradler, die ja etwa 1/2 der ganzen Karawane bilden. Es goß in Strömen, und statt, daß die schwachen Maschinen gegen 8 Uhr, die starken gegen 9 Uhr auf die Reise geschickt wurden, verfrüht die 9. Stunde, ehe sich die Startflagge zum erstenmal senkte. Aber schon eine Stunde vorher hatte der Himmel ein Einsehen gehabt, und die Fahrt ging den ganzen Tag über zwar durch feuchte und zum Teil auch durchweichte Straßen, die aber geübten Fahrern keine Schwierigkeiten boten, wie ja auch die ganze Strecke des ersten Tages durchweg über ebenes Gelände führte.

Schon in Treuenbriezen, wo die „kleinen“ zum erstenmal Benzin fassen durften, hatte unser starker Preiswagen-Apollo, der unmitttelbar vor dem stärksten Konkurrenzwagen abgefahren war, das Feld der schwachen Maschinen eingeholt und bekam sie dann bis Leipzig nicht mehr zu Gesicht, da sie natürlich dem Wagenteppich von 60 bis 70 Km. auf freier Strecke nicht gewachsen waren. Soweit sie nicht dezimiert worden sind, werden wir ihnen morgen um 6 Uhr am Start der zweiten Etappe wieder begegnen und hören, welche Fahrzeuge ausgeschieden sind. Denn ein Abwarten der Kleinsten und der Nachzügler ist natürlich unmöglich, wenn der vorliegende Bericht noch rechtzeitig abgehen soll.

Für die kleinen Motorräder und Hilfsmotoren war die 185 Km. lange Strecke an sich eigentlich weder zu lang noch zu schwierig. Aber manche Systeme, wie die kleinsten Motorräder oder die Fahrräder mit schwebendem drittem motorischem Rad, passen unserm Erachtens nicht für größere Touren, sondern nur für den Stadtverkehr auf Asphalt und eventl. kleine Touren auf gut ausgelegter Oberfläche. Man wird erst morgen am Start sehen, wer die heutige Nachtstrecke überstanden hat.

Für die schweren Motorräder — z. B. die R.S.U., Victoria und namentlich die riesenstarken Mars-Maschinen — müßte eine solche Etappe ein Kinderspiel sein; denn die stärksten Maschinen dieser Art können 100 Km. in der Ebene erreichen und nehmen jeden noch so steilen Berg auch mit zwei Personen. Dennoch haben wir eine ganze Reihe dieser „Schweren“ gesehen, die unterwegs „bauten“. Dagegen haben wir nur ganz vereinzelt einmal einen Wagen der Preisklasse bis 100 000 Mark Katalogpreis oder darüber beim „Basteln“ getroffen. Daß unter ihnen der heisse Favorit der ganzen Fahrt — der Apollo-Direktor Levogot mit seinem schnellsten kleinen 4/14 PS. — war, darf nicht wunder nehmen; denn der Preisvogel fing zweimal Nügel und mußte jedesmal das Rad auswechseln, was natürlich gar keine Strafpunkte bedingt; denn für ein Loch im „Reifen“ kann der beste Fahrer und die beste Maschine nichts! Er traf denn auch gleich nach unterm Preiswagen in Leipzig ein!

Wir liefen gegen 3 Uhr in Leipzig ein, nachdem wir uns erstliche längere Aufenthalt zur Beaugenheitung des Feldes der Konkurrenten genehmigt hatten. Die ganze Fahrt durch die mächtige Stadt, in die wir von Torgau kommend über Taucha einliefen, vorbei an ihrem Hauptbahnhof und einige der bedeutendsten Straßen passierend, erfolgte zwischen langen Zuschauer-Sparten, deren Haltung man im ganzen als „wohlwollende Neutralität“ charakterisieren kann. Es war kein begeistertes Zurufen bemerkbar, wie es den Teilnehmern der Alpen- und Ungarnfahrten unweigerlich ist — aber auch kein lächerliches oder neidvoller Auf... und dieses kacholische Interesse war vielleicht noch wertvoller als eine laute Begeisterung! Freilich war auch die Haltung der fahrenden Kolonne musterhaft — dafür sorgten die Führungswagen der Oberleitung, die für jede Gruppe das Schnelltempo auf der Chaussee und das Langsamtempo innerhalb der Städte und Ortschaften vorlegten, — wie denn überhaupt die Organisation der Wacchfahrten bekanntermaßen jedesmal vorbildlich ist. Nach ihrer Ankunft in der Nähe der Ferdinandsbahn und des Germaniaabades wurden alle Konkurrenzfahrzeuge unter Bewachung bis zum morgigen zweiten Fahrttag eingestell — da ja natürlich keine nächtliche Reparatur u. dergl. erlaubt ist! — und morgen erfolgt der Start zur zweiten Etappe.

Diese ist, wenigstens für die starken Fahrzeuge der Kraft- und Kraftwagen-Gruppe, ganz erheblich länger und auch schwieriger als die heutige. Sie führt für alle Fahrzeuge von Leipzig über Zerbst und Jena und Weimar nach Erfurt; von dort streben die schwachen direkt über Gotha nach dem Tagesziele Eisenach (190 Km.); die starken Räder und Wagen aber biegen von Erfurt aus südlich ab und leisten sich eine Schleifen-Reisefahrt von 90 Km., haben also 280 Km. als Tagespensum zu fahren. Dieser Umweg für die „Starken“ führt ab Erfurt über Jüchmann, Sulz und Weiningen nach Eisenach, — und als besondere Würze ist ihm noch eine Bergpräfungsfahrt auf den Gabelbach einverleibt! Diese 32 Km. lange, im Durchschnitt 11 Proz., zuweilen aber auch bis 16 Proz. ansteigende, kurvenreiche Bergstraße hat am 19. Juni d. J. Selvogt auf dem kleinen 4/14-Apollo in einem Gesamttempo von 57 1/2 Km. zurückgelegt, hat dabei sämtliche Wagen, die zum Teil viermal so stark waren, geschlagen, ebenso sämtliche Motorräder und den Gabelbach-Bergford aufgestellt. Man darf daher gespannt sein, wie Selvogt diesmal auf seiner Rekordstrecke abschneiden wird, und ob seine enorme Leistung von den schnellen Selbe-, Ago-, Wanderer-Wagen um erreicht oder gar überboten werden wird. Denn die Konkurrenz ist eine sehr scharfe, und man wird bei den beiden Bergrennen und bei dem Tagfahren am allerersten Konkurrenztag — bei Heidelberg — der spannendsten sportlichen Kämpfe gewiß sein können.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe. Allgemeine Witterungsübersicht. Die westlichen Luftwirbel ziehen nordwärts ab; sie erlangen abermals keinen Einfluß auf die Wetterlage Mitteleuropas, so daß hier allgemein trockenere, heiterer Wetter vorbesteht. Durch Verschmelzung der älteren vorhandenen Hochdruckgebiete ist über fast ganz Europa neuerdings ein föhles Hochdruckgebiet entstanden, das einen ängeren Fortbestand der trockenere, heiteren Witterung sichert.

Wetterausblick für Donnerstag, den 6. Oktober 1921: Fortdauernd heiter, trocken, am Tage mild, kühlere Nächte. Nebel.

Wasserstand des Rheins.

Schiffen: 0,73 m, 4 cm gefallen; Rehl: 1,61 m, 2 cm gefallen; Magan: 3,91 m, 1 cm gefallen; Mannheim: 1,93 m, 1 cm gefallen.

Hausfrauen, verlangt nur Dr. Detter's Backpulver — das altbewährte. Includes logo with 'DETMER' and 'HEILKOPF'.

